



perspektiefe

Ausgabe 3 September 2003

Thema: Reichtum – Armut

Solidarität ist gefragt

Vermögende für Vermögenssteuer

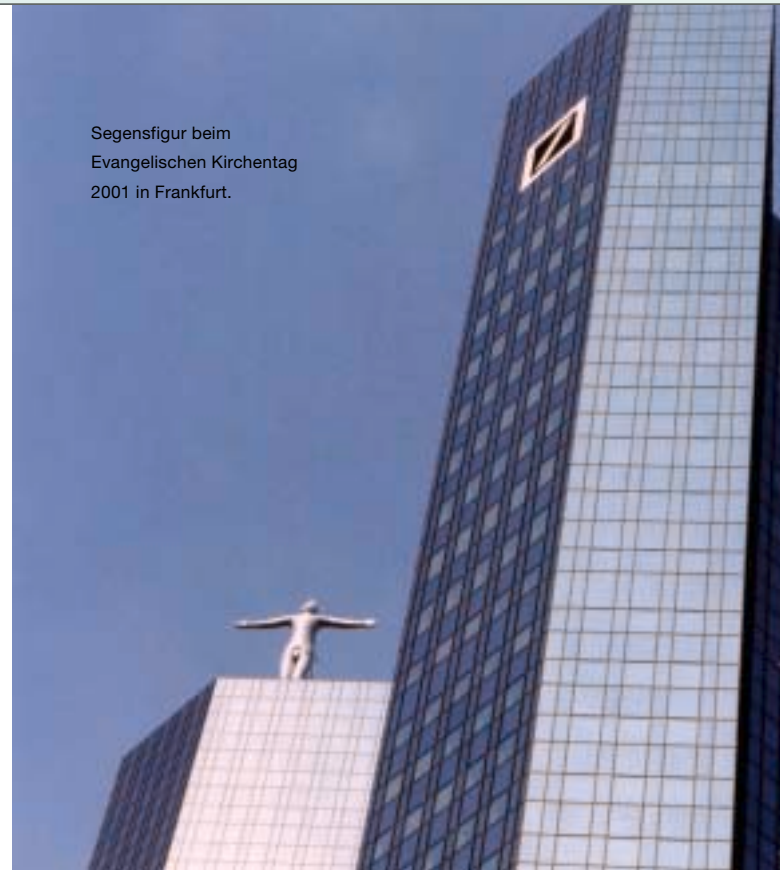
Steuer

Die Haushaltskassen sind leer, Städte und Kommunen pleite. Gehälter werden über Tageskredite finanziert.

Fieberhaft wird allerorten an Konzepten zur Haushaltssanierung gearbeitet. Dabei wird Haushaltssanierung immer noch als Sparprogramm zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung verstanden. Kosten reduzieren, sparen und Preise erhöhen. Bibliotheken und Schwimmbäder werden geschlossen, das so genannte „Tafelsilber“ verschleudert und Kultureinrichtungen stehen vor dem Aus. An Leistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wird gespart und angemessene Gesundheitsversorgung wird zum Glücksfall.

Keiner der Sanierer wagt sich an die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Einnahmequelle heran aus Furcht vor Kapitalflucht ins Ausland.

Und plötzlich meldet sich eine Initiative zu Wort, die genau das fordert und nicht aus dem Kreis der üblichen Verdächtigen kommt: „Vermögende für Vermögenssteuer“.



Segensfigur beim Evangelischen Kirchentag 2001 in Frankfurt.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ende letzten Jahres legten wir gemeinsam mit dem Zentrum Ökumene der EKHN, dem Diakonischen Werk Hessen und Nassau und der Werkstatt Ökonomie eine Studie mit dem Titel „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ vor. Mit dieser Ausgabe von „Perspektiefe“ wollen wir den begonnenen Diskussionsprozess unterstützen und Sie aufmerksam machen auf eine Veranstaltungsreihe und eine Materialsammlung zu Reichtum und Armut.

Weitere Informationen finden Sie ab Oktober 2003 auch auf unserer Internetseite: www.zgv.info

Ihre
Gundel Neveling
Leiterin des Zentrums
Gesellschaftliche Verantwortung

Als Vermögende sagen sie selbst: „wer mehr hat, kann und sollte auch mehr geben“ und fordern eine progressive Besteuerung und eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. „Zu einem solidarischen Staat gehört, dass alle solidarisch und nach ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend für die Gesellschaft aufkommen“. Spenden allein reicht nicht. Nicht alle Menschen sind gleichermaßen spendenfreudig und wenn, haben sie in der Regel mit ihren Spenden ganz gezielte Projekte im Auge. Für Projekte von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wie z. B. das Bildungssystem braucht es ein koordinierendes System, den Staat, der Steuern erhebt.

Ein Gedanke, der wieder mehr ins Zentrum der öffentlichen Debatte rücken muss. □

Margit Befurt, Redaktion „Perspektiefe“

Mehr über die Initiative „Pro Vermögenssteuer“ unter:
www.pro-vermoegenssteuer.de

Aus dem Inhalt

- Seite 2 Prof. Dr. Walter Hanesch, Fachhochschule Darmstadt:
„Sozialreformen vor dem Hintergrund von Armut und Reichtum in Deutschland“
- Seite 3 Dr. Thomas Posern, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN:
„Wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft“
- Seite 4 Nicola Benn-Wesp, Pfarrerin für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Darmstadt-Stadt:
„Kinderarmut, ein Thema zwischen Tabu und Erschrecken“

Sozialreformen vor dem Hintergrund von Armut und Reichtum in Deutschland

Ein Kommentar von Prof. Dr. Walter Hanesch, Fachhochschule Darmstadt

Armuts- und Reichtumsbericht

Angesichts der aktuellen Debatte zu grundlegenden Reformen unseres sozialen Sicherungssystems empfiehlt es sich, die Befunde des vor zwei Jahren von der Bundesregierung vorgelegten ersten offiziellen Armuts- und Reichtumsbericht unter die Lupe zu nehmen.

Ein zentrales Ergebnis des Berichts lag darin, dass die Ungleichheit der Einkommens- und noch mehr der Vermögensverteilung in den beiden letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Wir können also nicht nur ein Wachstum der Armut, sondern ebenso eine Zunahme des Reichtums in unserer Gesellschaft beobachten. Zugleich sollen mit den gegenwärtig in Angriff genommenen Reformen jedoch nur die mittleren und unteren Einkommensschichten zu besonderen Opfern herangezogen werden, indem das Sicherungsniveau in unserem sozialstaatlichen Sicherungssystem zurückgenommen und die Sicherungsbedingungen erschwert werden. Dies steht in eklatantem Gegensatz zu den Befunden des vorgelegten Berichts.

Protestaktionen vor der Frankfurter Börse.



Bezug von Sozialhilfe in vielen Fällen nicht ausreichend, um frei von Armut leben zu können. Die Niveauabsenkung der Sozialhilfe würde dieses armutspolitische Problem noch verschärfen. Eine weitere Absenkung der Sozialhilfe darf es daher nicht geben.

Schließlich hat der Bericht erneut belegt, dass vor allem Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind dadurch die gesamten Berufs- und Lebensperspektiven negativ vorgeprägt. Gerade eine Armut von Kindern sollte mit einem funktionierenden Sozialstaat nicht zu vereinbaren sein.

Durch eine bedarfsgerechte Reform des Kinderlastenausgleichs im Sinne einer Kindergrundsicherung könnte die Kinderarmut wirksam beseitigt werden. Der politische Wille dazu ist heute jedoch nicht zu erkennen. □

Prof. Dr. Walter Hanesch

»Zudem hat der Bericht gezeigt, dass Armut auch bei Erwerbstätigen existiert und sogar ein größeres Ausmaß hat, als bisher angenommen wurde.«

Dr. Walter Hanesch ist Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung und gehört dem Wissenschaftlichen Beraterkreis zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an.

So hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, die bisherige Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einem neuen Arbeitslosengeld II zusammenzuführen und alle Langzeitarbeitslosen künftig nur noch auf dem Niveau der Sozialhilfe abzusichern.

Hintergrund ist dabei der angeblich zu geringe finanzielle Anreiz für Arbeitslose zur Aufnahme einer Arbeit. Dem Armutsbericht lässt sich aber entnehmen, dass die Armutsquote in Arbeitslosenhaushalten nicht nur außerordentlich hoch ist und in den vergangenen Jahren weiter zugenommen hat, sondern auch umso höher ausfällt, je länger die einzelne Arbeitslosigkeitsphase dauert. Keineswegs stimmt es daher, dass Arbeitslose überaus großzügig abgesichert sind und ein bequemes Leben führen, das sie von einer produktiven Tätigkeit abhält.

Zudem hat der Bericht gezeigt, dass Armut auch bei Erwerbstätigen existiert und sogar ein größeres Ausmaß hat, als bisher angenommen wurde. Würde man daher – wie dies Regierung und Opposition beabsichtigen – die bisherigen Arbeitslosen im Rahmen einer so genannten Niedriglohnstrategie in sehr gering entlohnte Jobs vermitteln (die allerdings erst einmal geschaffen werden müssten), würde man die bisherige „Armut durch Arbeitslosigkeit“ nicht beseitigen, sondern lediglich durch eine „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ ersetzen.

Im Zusammenhang mit der Niedriglohnstrategie wird weiterhin überlegt, zumindest für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger das Leistungsniveau der Sozialhilfe abzusenken, um die Annahme einer niedrig vergüteten Tätigkeit attraktiver zu machen. Untersuchungen zeigen jedoch, dass auch bisher schon der



Wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft?

Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln

Standpunkte

Unsere Gesellschaft ist materiell tief gespalten. Die tiefen Risse, von denen schon das 1997 veröffentlichte Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen sprach, haben sich in den vergangenen Jahren weiter vertieft.

Reichtum wurde in kaum vorstellbarem Maß in privater Hand konzentriert – 0,5 Prozent der Bevölkerung verfügen über rund 26 Prozent des Nettovermögens in unserer Republik. Dieses Geld in privater Hand bedeutet nicht nur, dass sich gesellschaftliche Macht in den Händen weniger konzentriert, sondern das heißt: Arme werden auch in unserem Land immer tiefer in Verschuldung verstrickt und die öffentlichen Hände verarmen durch bewusst herbeigeführte politisch-ökonomische Prozesse so sehr, dass wesentliche Gemeinschafts- und Zukunftsaufgaben nicht mehr finanziert werden können.

Beide Entwicklungen bedrohen die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft im Kern! Von Ökologie über Nord-Süd-Gerechtigkeit bis zur Pflege der Ressource „Bildung“ in unserem eigenen Land liegen so viele Herausforderungen vor uns, dass wir uns diese Zerrissenheit nicht länger leisten können. Diese aktuelle Erkenntnis kann sich mit gutem Recht auf biblische Vorstellungen von Gerechtigkeit wie auf den „common sense“ in der weltweiten Ökumene berufen: Wir brauchen eine „Ökonomie des Genug“ statt der gleichzeitigen Produktion von luxuriösem Überfluss und himmelschreiender Armut. Es gilt, die sich durch beide Teile der Bibel in wechselnder Gestalt durchziehende Leitvorstellung der *Gerechtigkeit* für unsere politischen und ökonomischen Verhältnisse neu zu buchstabieren und anzuwenden.

Die EKHN-Zentren Gesellschaftliche Verantwortung und Ökumene sowie das Diakonische Werk in der EKHN haben Anregungen aus der Ökumene sowie aus dem Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ aufgegriffen und zusammen mit der Heidelberger Werkstatt Ökonomie eine Studie „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ herausgegeben, welche die aktuelle gesellschaftliche

und ökonomische Situation als Herausforderung für kirchliches Handeln versteht. Ökonomische Analyse und biblisch-theologische Untersuchungen bilden die Grundlage für „Bausteine für eine kirchliche Agenda“: „Was Kirchen tun sollten und könnten“. Die Studie dient als Impuls für einen republikweiten kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Diskurs über die tatsächliche Funktion von Reichtum für Ökonomie und Gesellschaft, in den Kirche ihre spezifischen Erfahrungen einbringt.

Die Kirchenleitung der EKHN hat die Erstellung der Studie sehr begrüßt und schreibt in ihrem Beschluss vom 26. November 2002: „Die Kirchenleitung unterstützt das Anliegen der Studie, mit dem Begriff der Gerechtigkeit Grenzen sozialer Ungleichheit zu markieren. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass eine starke Ungleichheit von Einkommen und Vermögen automatisch ein höheres gesamtwirtschaftliches Leistungsvermögen zur Folge habe, folgt die Kirchenleitung der in der Studie differenziert entfalteten These, wonach der Grundsatz der Gerechtigkeit eine eher ausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen nahe legt. Die Kirchenleitung teilt die Überzeugung, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nur ein begrenztes Maß an Polarisierung verträgt und sich die Pflege des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf lange Sicht auch als ökonomischer Vorteil erweisen wird.“ Daher empfiehlt „die Kirchenleitung ... den Kirchengemeinden, Dekanaten, den Kirchenleitungen und kirchlichen Gruppen, sich in dem Konsultationsprozess intensiv mit den ‚Bausteinen für eine kirchliche Agenda‘ auseinander zu setzen.“

Um Interessierte bei diesen Bemühungen zu unterstützen, werden die Zentren zusammen mit dem DWHN in diesem Sommer Materialien für die Bildungsarbeit in Gemeinde und Schule veröffentlichen. Die derzeitige Diskussion um die Arbeits- und Sozialpolitik lässt es dringlich erscheinen, dass Kirche sich auf allen Ebenen auch öffentlich mit der Thematik befasst. □

Dr. Thomas Posern



Angestrebter und realisierter Lebensstandard im West-Ost-Vergleich (1998)

Angaben in Prozent der Antworten.

„unbedingt notwendige“ Dinge

„kann ich mir nicht leisten“

Die jeweils höchsten Werte sind grün hinterlegt

	West	Ost	West	Ost	Abweichung Ost zu West in Prozent West
Zahnbehandlung jederzeit möglich	53	66	21	23	+ 9,5 %
mindestens DM 100/Monat sparen können	38	43	19	30	+ 52,4 %
zusätzliche private Krankenversicherung	14	28	26	37	+ 52,4 %
einwöchige Urlaubsreise im Jahr	29	27	16	21	+ 23,8 %
private Altersversorgung	36	27	25	35	+ 47,6 %
regelmäßig neue Kleidung kaufen können	24	26	15	23	+ 38,1 %
abgenutzte Möbel durch neue ersetzen	15	19	18	29	+ 52,4 %
Freunde zum Essen einladen	18	17	11	16	+ 23,8 %
Computer	14	13	10	14	+ 19,0 %
Geschirrspülmaschine	20	12	10	18	+ 38,1 %
Restaurantbesuch einmal im Monat	12	12	17	23	+ 28,6 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), Datenreport 1999, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 454ff.





Kinderarmut – ein Thema zwischen Tabu und Erschrecken

Armut von Kindern in Deutschland ist ein gesellschaftliches Tabu, oft von Betroffenen aus Scham verborgen. Kinderarmut wird als Makel gewertet, der allein die Betroffenen anzugehen scheint.

Die Armut von Kindern ist in den letzten Jahren alarmierend gewachsen: „Die Sozialhilfequote von Kindern unter 18 Jahren war mit 6,8 % fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt und hat sich seit 1982 im früheren Bundesgebiet mehr als verdreifacht“ (Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001). 40 % der als arm eingestuften Kinder leiden unter Mängeln in der materiellen Grundversorgung von Kleidung, Nahrung und Wohnung. Und ärmere Kinder haben deutlich schlechtere Chancen, bezogen auf ihre Gesundheit, ihre schulische Bildung, ihre Berufsausbildung und ihre Zukunft. Armut ist also nicht allein Einkommensarmut. Vielmehr besteht die Gefahr – durch gesellschaftlichen Ausschluss und Benachteiligung in wichtigen Lebensbereichen – einer langfristigen Verfestigung von Armut.

Nicola Benn-Wesp,
Pfarrerin für Gesellschaftliche Verantwortung im
Ev. Dekanat Darmstadt-Stadt

Impressum

Verantwortlich: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN,
Margit Befurt, Ostendstraße 59, 60314 Frankfurt/M.
Redaktion: Margit Befurt, Dr. Brigitte Bertelmann,
Dr. Thomas Posern, Tel.: 069 489828-18,
Fax: 069 440664, E-Mail: m.befurt@zgv.info
Layout/Satz: Holger Giebeler
Druck: Lautertal-Druck, Auflage: 6.000
Fotos: Chr. Zielonka (S. 1 und 3),
Design Garden: G. Bickl (S. 2 unten), ZGV (S. 2),
H. Giebeler (S. 4)



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

Dies und das

Veranstaltungshinweise

Mit Steuern steuern

Warum erhebt der Staat Steuern? Wie lassen sich Steuern zur Unterstützung sozial- und wirtschaftspolitischer Ziele einsetzen und gestalten? Wie stellt sich das deutsche Steuersystem im internationalen Vergleich dar und welche Impulse gibt die Studie „Reichtum–Armut“ dazu?

8. Sept. 2003, 16.00–20.00 Uhr,
Konferenztreff Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18
(Eingang Karlstraße)

Referent/in: Dr. Brigitte Bertelmann,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN;
Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie, Heidelberg

Weitere Informationen: Brigitte Bertelmann,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN,
Tel.: 06131 28744-44, E-Mail: b.bertelmann@zgv.info

Studientagung Ökumene

Reichtum verpflichten – Armut überwinden
Diskutiert werden theologische Konzeptionen zu Reichtum und Armut in verschiedenen Kulturen und Religionen und reformpolitische Schritte zu einer „Ökonomie des Genug“.

19.–21. Sept. 2003, Ev. Akademie Arnoldshain,
Schmittent/taunus

Weitere Informationen: Ulrike Schmidt-Hesse,
Zentrum Ökumene der EKHN, Tel.: 069 976518-42,
E-Mail: ulrike.schmidt-hesse@zoe-ekhn.de

Privater Reichtum und öffentliche Armut ... Stiftungen, Sponsoring, Fundraising als Allheilmittel

Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kirchen zu Möglichkeiten und Grenzen freiwilliger Verantwortung für sozialstaatliche Aufgaben.

20. Nov. 2003, 18.00–20.30 Uhr,
Frankfurt am Main

Weitere Informationen: Gundel Neveling, Zentrum
Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN,
Tel.: 06131 28744-41, E-Mail: g.neveling@zgv.info

Theologische Werkstatt

„Teilen macht reich“ – Nachdenken über eine „Ökonomie des Genug“

Wie viel Reichtum, wie viel Armut verträgt unsere Gesellschaft? Muss der Verarmung der Einen und der Bereicherung der Anderen eine Grenze gesetzt werden?

4. Dez. 2003, 17.00–21.00 Uhr,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung,
Albert-Schweitzer-Str. 113–115, Mainz

Referenten: Prof. Dr. Martin Stöhr, PD Dr. Franz Segbers

Weitere Informationen: Dr. Thomas Posern,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN,
Tel.: 06131 28744-54, E-Mail: t.posern@zgv.info

Studie Reichtum und Armut

„Der Sammelband ‚Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln‘ ist formal in zwei Teile gegliedert. Mir fällt jedoch auf, dass er in drei Dimensionen zu lesen ist: erstens als eine scharfe Analyse von Reichtum und Armut – in erster Linie auf Deutschland und dann auf die Welt bezogen –, zweitens als eine biblisch-theologische Reflexion und drittens als eine Orientierung kirchlicher Praxis.“
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, SJ

Bezug: Werkstatt Ökonomie,
Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg,
Tel.: 06221 43336-0, www.woek.de
oder im Buchhandel
Oktober 2002, ISBN 3-925910-04-2, 13,95 Euro

Didaktische Materialien

Reichtum und Armut, Arbeitsmaterialien für Gemeinde, Schule und Gruppen

Herausgeber: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Zentrum Ökumene der EKHN,
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau.
Inhalt: Bausteine für die Arbeit in Dekanat, Gemeinde, Schule, Konfirmandenunterricht und Erwachsenenbildung. September 2003

Bezug: Reha-Werkstatt Niederrad, Lyoner Str. 11,
60528 Frankfurt, Fax: 069 66544200,
E-Mail: rwn@frankfurter-verein.de
Preis pro Stück: 12,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Literaturhinweise

„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ Wort des Rates der Ev. Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland; Hannover 1997

„Teilen macht reich“ Publik-Forum – Dossier,
Oberursel; Mai 2003

„Reichtum in der Schweiz. Porträts, Fakten, Hintergründe“; Mäder, Ueli; Streuli, Elisa;
Zürich 2002

Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; April 2001, www.bundesregierung.de

„Spurensuche Reichtum. Beiträge und Arbeitsmaterialien zur Situation in Deutschland“, Belitz, Wolfgang; Riekenbrauck, Ursula, Schriever, Erich; Witten 2000

„Christianity, Poverty and Wealth“, Michael Taylor, WCC Publications, World Council of Churches; Schweiz 2003;
WCC, ISBN 2-8254-1374-7

„Armut im frühen Grundschulalter“, Holtz, Gerda; Skoluda, Susanne; Frankfurt; Januar 2003, ISBN 3-88493-180-6

